



Einladung

Wolfgang Benz (Hg.)

Antisemitismus in der DDR Manifestationen und Folgen des Feindbildes Israel

Lesung und Gespräch

Montag
3. Juni 2019
19:00 Uhr
Erfurt
Erinnerungsort
Topf & Söhne
Sorbenweg 7



Eintritt frei!



Die DDR verstand sich als antifaschistischer Staat. Damit galt auch der Antisemitismus als Element faschistischer Ideologie als überwunden. Dagegen gehörte der politisch instrumentalisierte Antizionismus, der Israel als „Aggressorstaat“ definierte, jahrzehntelang zur Staatsdoktrin. Bereits Anfang der 50er Jahre machte die Sowjetunion das junge Israel als neuen „imperialistischen“ Feind aus.

Stalins Politik bestimmte den gesamten sowjetischen Machtbereich. In Prag fand Ende November 1952 der sogenannte Slánský-Prozess statt, in dem den Angeklagten „Agententätigkeit für den Zionismus“ vorgeworfen wurde und Todesurteile gegen Rudolf Slánský und zehn weitere hohe kommunistische Funktionäre verhängt wurden. Er und die meisten anderen Angeklagten waren Juden. In diesem Kontext erreichten auch in der DDR die Repressionen gegen Überlebende des Holocaust mit Hausdurchsuchungen bei jüdischen Gemeinden und der Verhaftung jüdischer Kommunisten Anfang 1953 ihren Höhepunkt.

1988, als der 50. Jahrestag der Novemberpogrome erstmals in Ost-Berlin aufwändig begangen wurde, kam es zu einer taktischen Annäherung an Israel. Vor dem Hintergrund einer neu auflebenden Fremdenfeindlichkeit und zunehmenden Antisemitismus wird der Vortrag auch die Traditionen und Wirkungen jüdenfeindlicher Ressentiments und des negativen Israelbildes in der DDR bis heute in den Blick nehmen.

Wolfgang Benz, Prof. Dr., war von 1990 bis 2011 Leiter des renommierten Zentrums für Antisemitismusforschung (TU Berlin). Zahlreiche Veröffentlichungen zu den Themen Nationalsozialismus, Antisemitismus und vergleichender Vorurteilsforschung, u. a. „Was ist Antisemitismus?“ (2005); „Die Feinde aus dem Morgenland. Wie die Angst vor Muslimen unsere Demokratie gefährdet“ (2013); „Nach dem Untergang. Die ersten Zeugnisse der Shoah in Polen 1944–1947“ (2014).

Kontakt:

Landeszentrale für politische Bildung Thüringen
Regierungsstraße 73, 99084 Erfurt
Telefon: (0361) 57 32 11 710
Telefax: (0361) 57 32 11 702
E-Mail: LZT_PF@tsk.thueringen.de
www.lzt-thueringen.de